



**POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRISE
SOZIALE FÜRSORGE
DEUTSCH-UKRAINISCHE KULTURBEZIEHUNGEN**

■ KOMMENTAR		
Die Ukraine als Schachbrett – 2: Die Show muss weitergehen		2
Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen		
■ DOKUMENTATION		
Die Absichtserklärung der Ukraine an den Internationalen Währungsfonds zum Erhalt eines Kredites		6
■ STATISTIK		
Die größten Unternehmen der Ukraine		8
■ ANALYSE		
Politische Strategien wohltätiger Nichtregierungsorganisationen		10
Von Nadja Lobner, Maxim Zubarev, Vyacheslav Zyryanov, Salzburg/Melitopol/Charkiw		
■ UMFRAGE		
Die Wahrnehmung sozialer Sicherheit im internationalen Vergleich		15
■ ANALYSE		
Dialog mit Potenzial. Die deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen		17
Von Kathrin Hartmann, Berlin		
■ CHRONIK		
Vom 11. bis zum 24. November 2008		22

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 9.12.2008. Thema werden die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie die Sprachenfrage sein.



Kommentar

Die Ukraine als Schachbrett – 2: Die Show muss weitergehen

Von Katerina Malygina, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt / Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 12. November 2008 unternahm das ukrainische Parlament den zweiten Versuch, Parlamentspräsidenten Arsenij Jazenjuk zum Rücktritt zu zwingen. 233 von 350 Abgeordneten stimmten für seine Abwahl. Seine anschließende Entlassung erwies sich jedoch als viel einfacher als die Ernennung eines neuen Parlamentspräsidenten. Mehrmals wurden Parlamentsitzungen vertagt, ohne dass man sich auf einen Kandidaten geeinigt hatte. Am 20. November wurde endlich beschlossen, eine längere Pause bis Anfang Dezember einzulegen. Die spontane aber langwierige »Speakeriada« (wie der Ernennungsprozess des Parlamentsvorsitzenden in der ukrainischen Presse genannt wurde) ist zu einem großen politischen Spiel geworden, dessen Ergebnis schwer abzusehen ist.

Eröffnung – spontane Entlassung

Der offizielle Grund für die Entlassung Jazenjuks ist seine Rücktrittserklärung, die er herausgab, als die Regierungskoalition zusammenbrach, sowie »zahlreiche Verstöße gegen die Geschäftsordnung der Werchowna Rada [d. i. das ukrainische Parlament].« De facto war ihr Anlass dagegen die Fälschung eines Teils des Gesetzes über das Einfrieren von Sozialleistungen im sogenannten Antikrisenpaket, dessen Verabschiedung die wichtigste Voraussetzung für das IWF-Darlehen war. Am 31. Oktober hat das Parlament eine Änderung abgelehnt, die die Anhebung der Mindestlöhne in den nächsten Jahren verbot. Dennoch war diese in der endgültigen Fassung des Gesetzes enthalten, das zuerst von Parlamentspräsident Jazenjuk und am 3. November dann vom ukrainischen Präsidenten Viktor Juschtschenko unterschrieben wurde. Auf diese Fälschung hat der Vorsitzende des »Volksblock Litwin« Wolodimir Litwin sofort hingewiesen. Die ganze Woche über bestand er wiederholt darauf, dass das verabschiedete Gesetz durch das Parlament geprüft werden müsse, um es mit seinem Votum in Einklang zu bringen.

Diese Position des Blocks Litwin hat sich die Partei der Regionen zunutze gemacht: Am 10. November legte sie dem Parlament den Gesetzentwurf zum Rücktritt des Parlamentspräsidenten vor. Das Motiv für dieses Vorgehen war aber nicht der Wunsch nach Gerechtigkeit, sondern die Angst vor einer möglichen Wiederherstellung der Regierungskoalition, die aus den Fraktionen Block Julia Timoschenko (BJuT) und »Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes« (NUNS) bestanden hat. Diese Befürchtung war nicht unbegründet: Am gleichen Tag sprach sich Jazenjuk für die Unterzeichnung eines »vorübergehenden Waffenstillstands« zwischen Timoschenko und Juschtschenko für den Zeitraum der Wirtschaftskrise aus.

Die spontane Entscheidung der Partei der Regionen, Jazenjuk zu entlassen, wurde innerhalb von zwei

Tagen in die Tat umgesetzt. Am 11. November forderte die Partei der Regionen, den Abstimmungsmodus zu ändern, um die Fraktionsdisziplin zu erhöhen. Der Parlamentspräsident bestand jedoch darauf, dass die Wahl wie in der Geschäftsordnung vorgesehen in geheimer Abstimmung durchgeführt wird. Die Partei der Regionen verweigerte dies und das Abstimmungsergebnis wurde wegen nicht ausreichender Beteiligung für ungültig erklärt. Am nächsten Tag beschlossen die Abgeordneten zunächst, dem Parlamentspräsidenten die Sitzungsleitung zu entziehen. Anschließend veränderten sie endlich den Abstimmungsmodus und wählten schon mittags den Parlamentspräsidenten in öffentlicher Abstimmung ab.

Der Rücktritt Jazenjuks wurde durch die zeitweise Interessensüberschneidung der Fraktionen der Kommunistischen Partei (KPU), Block Litwin, Partei der Regionen und der Partei »Einheitszentrum« (ein Teil der Fraktion NUNS) möglich. Letztere wird inoffiziell vom Leiter des Sekretariats des Präsidenten, Viktor Baloga, kontrolliert. Der Präsident selbst wusste von den Plänen der Fraktionen zunächst nichts. Am 11. November reiste er zu einem offiziellen Besuch nach Warschau. Als er dort vom Stand der Dinge erfuhr, rief er den Vorsitzenden der Partei der Regionen Viktor Janukowitsch zweimal an und bat ihn, nicht über den Rücktritt Jazenjuks abzustimmen. Am zweiten Tag mischte er sich dann schon nicht mehr ein. Man hatte ihn überzeugt, den Bauer Jazenjuk zugunsten eines höheren Gewinns zu opfern: Spekulierte wurde auf den Rücktritt der ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Wäre dem nicht so gewesen, hätte Juschtschenko den Verrat in seiner Fraktion mit der sofortigen Entlassung Balogas bestrafen müssen. Dies geschah jedoch nicht. Juschtschenko ließ stattdessen zu, dass einer seiner treuesten Verbündeten, den er ein Jahr zuvor allen Einwänden zum Trotz zum Parlamentspräsidenten nominierte, entlassen wurde.

Mittelspiel: Versuche, einen neuen Parlamentspräsidenten zu wählen

Im BJuT realisierte man sofort, dass Jazenjuks Rücktritt den Rücktritt Timoschenkos nach sich ziehen könnte. Der BJuT hat den Parlamentspräsidenten bis zum letzten Moment auf jede erdenkliche Weise – einschließlich einer Prügelei im Parlamentssaal – verteidigt. Die Prognose Jazenjuks, dass nach seiner Abwahl auch die Regierung zum Rücktritt gezwungen werde, ist bisher noch nicht eingetreten.

Bis jetzt wurde über zwei Kandidaten ernsthaft verhandelt: über den Führer des »Volksblock Litwin« Wladimir Litwin und über das Mitglied der Fraktion NUNS Iwan Plutsch. Beide Kandidaten waren früher schon einmal Parlamentspräsident; Litwin von 2002 bis 2006 und Plutsch von 1991 bis 1994. Offiziell ist nur einer der beiden, Litwin, als Kandidat für das Amt des Parlamentspräsidenten vorgesehen; der entsprechende Gesetzentwurf wurde dem Parlament am 12. November vorgelegt. Diese Nominierung war jedoch nicht abgesprochen worden, weder mit der Partei der Regionen noch mit Litwin selbst. Dieser erfuhr am nächsten Morgen von ihr und war höchst erstaunt. Gleichzeitig verkündete die Partei der Regionen am Abend des 12. November die Wunscheigenschaften des zukünftigen Parlamentspräsidenten: Er soll bei der Unabhängigkeit der Ukraine als Begründer dagebewesen sein und keine Präsidentschaftsambitionen haben. Auf Iwan Plutsch trifft diese Beschreibung vollkommen zu. Wahrscheinlich ist, dass Litwin das Amt des Parlamentspräsidenten im Austausch für die Unterstützung Plutschs versprochen wurde. Das Sekretariat der Präsidenten beschloss jedoch etwas anderes: Das Land braucht Litwin, da er der aussichtsreichste Kandidat ist, um die erforderliche Stimmenzahl für sich zu gewinnen. Mangelnde Koordination führte dazu, dass die Parlamentssitzung am 13. November für fünf Tage unterbrochen wurde. In dieser Zeit führten die Politiker einen harten Kampf um Litwin, den der BJuT auf jede Weise für sich zu gewinnen versuchte. Seine Bedingung war die Unterzeichnung einer Dreierkoalition aus BJuT, NUNS und Volksblock Litwin. Im Gegenzug bot er die Wahl Litwins zum Parlamentspräsidenten an. Timoschenko war sogar bereit, dafür einige Ministerien an den Volksblock Litwin abzutreten. Die Bedingung des Sekretariats des Präsidenten und der Partei der Regionen war vermutlich, dass der Rücktritt Timoschenkos und/oder die Entscheidung über vorgezogene Wahlen nicht blockiert würden.

Die Rolle des Interims-Parlamentspräsidenten gefiel Litwin jedoch ganz und gar nicht. Auf der einen Seite

birgt sie die Gefahr, dass sich ein Fehler aus dem Jahr 2006 wiederholen könnte. Damals war Litwin Parlamentspräsident gewesen und hatte die Parlamentswahlen verloren. Dagegen gewann er die vorgezogenen Parlamentswahlen von 2007 ohne das Amt des Parlamentspräsidenten innezuhaben. Auf der anderen Seite sind Neuwahlen für Litwin derzeit auch deshalb nachteilig, weil es keine Garantie dafür gibt, dass sein Block es schaffen wird, die 3 %-Hürde zu überwinden. Als erfahrener Politiker hat Litwin daher hinter den Kulissen beschlossen, für Timoschenko Partei zu ergreifen.

Es gab Gerüchte darüber, dass die Kandidatur Litwins zum Parlamentspräsidenten am Morgen des 18. November von KPU, BJuT und einem Teil der Fraktion NUNS vereinbart worden ist. Am Vorabend kündigte der BJuT sein Prinzip »erst die Koalition, dann die Ernennung des Parlamentspräsidenten« auf und ließ verlautbaren, es sei möglich, den neuen Parlamentspräsidenten auch ohne Koalitionsbildung zu wählen. Dies entsprach ganz eindeutig der Forderung der KPU, die niemals in eine offizielle Koalition mit Timoschenko einwilligen würde. Darüber hinaus bestand der BJuT darauf, dass über die Frage des neuen Parlamentspräsidenten in der nächsten Parlamentssitzung abgestimmt werden müsse. Der ukrainische Präsident begann gleichzeitig, aktiv für die Kandidatur von Iwan Plutsch zu lobbyieren. Am 17. November traf er mit Führern der wichtigsten politischen Kräfte zusammen. Es gelang ihm dabei aber nicht, die Kandidatur Plutschs zu vereinbaren. Der »Volksblock Litwin« und die KPU waren dagegen.

Am 18. November wurde die Parlamentssitzung erneut um zwei Tage vertagt, da kein Konsens erzielt werden konnte. Am 20. November wurde die Sitzung dann fast sofort wieder geschlossen. Hoffnungslos denken die Abgeordneten jetzt für längere Zeit darüber nach, was als nächstes zu tun ist.

Endspiel: Mögliche Szenarien

Nach Meinung der Autorin sind die folgenden Szenarien denkbar:

Szenario Nr. 1 – Koalitionsbildung

Es hat den Anschein, dass ein Ausweg aus der Situation eigentlich sehr einfach ist: Es muss entweder die alte Regierungskoalition erneuert oder eine neue Koalition gebildet werden. Eine Koalitionsbildung ist im Augenblick jedoch in jeder beliebigen Konstellation problematisch. Tatsache ist, dass nach der ukrainischen Verfassung nur Fraktionen über das Recht verfügen, eine Koalition zu bilden. Als Ergebnis der vorgezogenen

Wahlen von 2007 besteht im Parlament derzeit allerdings eine Situation, in der jede mögliche Koalition außer einem Zusammengehen von BJuT (156 Mandate) und der Partei der Regionen (175) zwangsläufig zu einer Beteiligung der Fraktion NUNS (72) an der Koalition führen würde. Andernfalls könnte die Mehrheit von 226 Sitzen nicht zustande kommen: Die Sitze von KPU (27) und Volksblock Litwin (20) reichen nicht aus, um die der Fraktion NUNS überflüssig zu machen.

Doch angesichts der harten Rhetorik und gegenseitiger Beschuldigungen ist es derzeit höchst unwahrscheinlich, dass der BJuT und die Partei der Regionen erneut zusammenkommen. Gleichzeitig blockiert eine deutliche Spaltung innerhalb von NUNS die Bildung einer anderen Koalition. Der Präsident selbst hat die Existenz von drei Einflusszentren in der Fraktion NUNS anerkannt. Die Spaltung sieht etwa wie folgt aus: Die erste Gruppe besteht aus etwa 30 Abgeordneten, die Juschtschenko treu sind; etwa 10 Abgeordnete sind Mitglieder der Partei »Einheitszentrum«, die wie bereits erwähnt durch Viktor Baloga, den Leiter des Sekretariats des Präsidenten, kontrolliert wird; die anderen Abgeordneten treten für eine Wiederaufnahme der Koalition mit dem BJuT ein.

Im Ergebnis gibt es fast keine Chance, auf rechtlich korrektem Weg eine Koalition zu bilden. Einen möglichen Ausweg stellt eine Koalitionsbildung aus einzelnen Mitgliedern verschiedener Fraktionen dar. Dies würde aber eindeutig die Verfassung verletzen. Darüber hinaus stellt die Bildung einer »situativen« Koalition keine gute Lösung der politischen Krise in der Ukraine dar; sie würde das Hauptproblem des ukrainischen Parlamentarismus – jede Entscheidung hat nur kurzfristige Gewinne und keine längerfristige Perspektive im Blick – nicht beheben.

Szenario Nr. 2 – Bestätigung des neuen Parlamentspräsidenten per Präsidentenerlass

Dieses Szenario ist unwahrscheinlich, da es gegen die Geschäftsordnung des Parlaments verstößt. Allerdings ist es bemerkenswert, dass der Präsident am 21. November einen Gesetzentwurf über Veränderungen der administrativen Struktur des Gerichtswesens ins Parlament eingebracht hat. Dieser schlägt vor, das Berufungs- und Verwaltungsgericht von Kiew zur ersten Instanz für Fälle zu machen, in denen einer der Beteiligten das Parlament, der ukrainische Präsident oder die Regierung ist. Zu diesen Fällen zählt auch die Aufnahme in den öffentlichen Dienst. Bekanntermaßen war es dieses Gericht, das dem Sekretariat des Präsidenten am 28. Oktober den Sieg im sogenannten »Gerichtskrieg«

(den Timoschenko aufgrund des Präsidentenerlasses über die vorgezogenen Wahlen gegen Juschtschenko führte) sicherte.

Szenario Nr. 3 – Vorgezogene Wahlen

Wie absurd vorgezogene Wahlen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Krise heute auch scheinen – dieses Szenario muss nichtsdestotrotz berücksichtigt werden. Wenn es zu vorgezogenen Wahlen kommt, sollten diese in der ersten Hälfte von 2009 stattfinden, da andernfalls die Verfassungsnorm verletzt wird, laut der zwischen den Parlamentswahlen und den für Anfang 2010 geplanten Präsidentschaftswahlen mindestens sechs Monate liegen müssen. Zur Durchführung dieses Szenarios braucht das Parlament jedoch einen neuen Parlamentspräsidenten, da erstens Neuwahlen aus dem Staatshaushalt finanziert werden müssen und zweitens laut Verfassung alle Rechtsvorschriften und Gesetze vom Parlamentspräsidenten unterzeichnet werden müssen, bevor sie in Kraft treten.

Interessant ist, dass die Partei der Regionen wegen der Probleme bei der Ernennung eines neuen Parlamentspräsidenten den Wunsch geäußert hat, eine Anfrage an das Verfassungsgericht zu richten, um zu prüfen, ob der Vize-Parlamentspräsident (derzeit einer ihrer Abgeordneten), in der derzeitigen Situation zur Unterzeichnung der entsprechenden Dokumente berechtigt ist.

Szenario Nr. 4 – Rücktritt der Regierung

Wegen der Vergeblichkeit aller Versuche, einen Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten zu bestimmen, hat die Partei der Regionen jüngst ihre Rhetorik gegen die Regierung verschärft. Am 11. November sprach sie sich dagegen aus, die Vertrauensfrage in die Regierung in den nächsten drei Monaten auf die Tagesordnung zu setzen. Bereits am 20. November gab ihr Vorsitzender Viktor Janukowitsch jedoch bekannt, dass im Parlament über den Rücktritt Timoschenkos verhandelt wird. Der Eintritt dieses Szenarios würde die politische Krise weiter vertiefen, denn laut Verfassung muss eine neue Regierung auf der Grundlage einer neuen Koalition zustande kommen. Die Wahrscheinlichkeit einer neuen Koalition ist zurzeit jedoch wie gesagt sehr niedrig. Unter diesen Umständen würde das Zustandekommen einer Regierung noch lange Zeit auf sich warten lassen.

Zu der wirtschaftlichen und parlamentarischen Krise der Ukraine würde dann noch eine Krise der Exekutive dazukommen, was weder die Wähler noch die Oligarchen, die schon jetzt infolge der Wirtschaftskrise unter Verlusten leiden, den heutigen Politikern verzei-

hen würden. Am 19. November hat die Partei der Regionen dem Parlament über zwanzig Anti-Krisen-Gesetze zur Förderung der ukrainischen Wirtschaft und zum Schutz von Sozialleistungen vorgelegt. Es erscheint deswegen logisch, dass sie einem Rücktritt der Regierung nicht zustimmen wird, ohne klare Garantien zu haben, anschließend selbst an die Macht zu kommen.

Szenario Nr. 5 – Neuformierung des Kabinetts ohne Koalition

Dieses Szenario deutete sich zum ersten Mal in einer Äußerung des Leiters des Ausschusses der Wähler der Ukraine, Igor Popov, an. Am 18. November hieß es in der Pressemitteilung zu einer Konferenz:

»Da die Wahrscheinlichkeit, in dieser Legislaturperiode eine neue Koalition zu bilden, relativ gering ist, kann es zu Versuchen einer Neuformierung des Kabinetts ohne die Bildung einer Koalition kommen. Ein solches Szenario könnte wie folgt aussehen:

- Misstrauensvotum gegen die derzeitige Regierung, die amtierend tätig bleibt.
- Stellung von Strafanträgen gegen Regierungsmitglieder, einschließlich der Ministerpräsidentin;
- Einberufung des Nationalen Sicherheitsrats der Ukraine. Dieser stellt die Frage nach der Amtsenthebung von Regierungsmitgliedern für die Dauer der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen;
- Ernennung neuer Regierungsmitglieder per Präsidentenerlass;
- Das Parlament spricht der Regierung das Vertrauen aus, ein politisch, nicht rechtlich motivierter Schritt.

Alle diese Maßnahmen können von massivem Protest auf der Straße, der den Rücktritt der Regierung fordern würde, sowie von Informationskampagnen begleitet werden.«

Die folgenden Ereignisse legen den Gedanken nah, dass dieses Szenario gerade dabei ist, sich zu entwickeln: Am 20. November flog Viktor Janukowitsch gleich nach der Parlamentssitzung zu einem dringenden Besuch nach Moskau. Am selben Tag rief die russische Gazprom die ukrainischen Gasschulden in Höhe von 2,4 Mrd. US-Dollar in Erinnerung und drohte damit, dass der Preis für Erdgas ab dem 1. Januar 2009 auf über 400 Dollar ansteigen könnte. Am nächsten Tag, dem 21. November, tagte der Nationale Sicherheitsrat. Juschtschenko erklärte hier, die Gasprobleme

der Ukraine hätten damit begonnen haben, dass die Regierung die Gaslieferungen schlecht kalkuliert hätte. Bereits am 24. November schob der Präsident die persönliche Verantwortung dafür öffentlich dem Kabinett zu. Vielleicht wird dies zum Anlass der Erhebung von Strafverfahren gegen Regierungsmitglieder werden?

Szenario Nr. 6 – die Einführung der direkten Herrschaft des Präsidenten

Wie unrealistisch dieses Szenario auf den ersten Blick auch erscheinen mag – es darf nicht außer Acht gelassen werden. Am 11. November wurde eine Erklärung des Ältestenrats (der vom ersten ukrainischen Präsidenten Leonid Krawchuk geleitet wird) veröffentlicht, die vor der Gefahr einer Diktatur Juschtschenkos warnt. Nach Ansicht der Autoren sind die Nachrichten über die Einrichtung von sogenannten Foren der solidarischen Arbeiterbewegung beunruhigend. Ziel dieser Foren sei es, so die Autoren, die derzeitige Krise zu nutzen, um vom Präsidenten zu fordern, das Parlament und die Regierung abzusetzen und ihre Aufgaben dem Nationalen Sicherheitsrat zu übertragen.

Szenario Nr. 7 – Amtsenthebung des Präsidenten

Es fällt es schwer, an die letzten beiden Szenarien zu glauben. Wenn aber die Gefahr ihrer Realisierung tatsächlich existiert, dann ist auch die Amtsenthebung des Präsidenten ein logisches Szenario. Zu beachten ist außerdem, dass diese vom KPU-Vorsitzenden Petro Simonenko sowie von Jurij Karmazin, einem Mitglied der Fraktion NUNS, am 20. November bereits gefordert wurde. In diesem Fall droht der Ukraine eine Doppelbelastung: die gleichzeitige Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen.

Ausblick

Welches dieser Szenarien tatsächlich eintritt, wird die Zeit zeigen; jedes einzelne wird von verschiedenen Spielern blockiert. Offensichtlich haben die Teilnehmer des Spiels bereits die kommenden Präsidentschaftswahlen im Blick. Nicht ohne Grund sagte Wolodimir Litwin vor kurzem: »Ministerpräsident – das ist die beste Ausgangsposition für den Präsidentschaftswahlkampf, und wer dieses Amt innehat, ist wahrscheinlich der nächste Präsident.«

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Dokumentation

Die Absichtserklärung der Ukraine an den Internationalen Währungsfonds zum Erhalt eines Kredites

Die Ukraine hat sich mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) am 6.11.2008 auf einen Stand-By-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar geeinigt, der der Ukraine helfen soll, die Folgen der internationalen Finanzkrise zu überwinden. Der Kredit ist mit Auflagen verbunden, denen die Ukraine mit einer Absichtserklärung vom 31.10.2008 zugestimmt hat.

Diese Absichtserklärung ist jetzt im Internet veröffentlicht worden (<http://www.imf.org/External/NP/LOI/2008/ukr/103108.pdf>) und wird hier in kurzen Auszügen im englischen Original dokumentiert.

Ukraine: Letter of Intent, Memorandum of Economic and Financial Policies, and Technical Memorandum of Understanding

October 31, 2008

Memorandum of Economic and Financial Policies

I. BACKGROUND

1. Ukraine's tremendous growth performance of late was unfortunately accompanied by rising vulnerabilities. [...]
2. We recognized these problems, and by early 2008 began to vigorously address them. [...]
3. However, the deepening global financial turmoil and plunge in commodity prices have undermined confidence and necessitated a more rapid adjustment than planned. [...]

II. PROGRAM OBJECTIVES

4. Our program aims to restore confidence in Ukraine's macroeconomic and financial stability. [...]
5. For 2009 our macroeconomic objectives are set conservatively, reflecting the fact that due to external shocks, the Ukrainian economy, much like the rest of Europe, may face a recession. [...]
6. In the medium term, we expect the economy to gradually recover. A recovery should start sometime in the second half of 2009, and we should be back at our estimated potential growth rate (5–6 percent) by mid-2010, driven in particular by rising investment ahead of the Euro 2012 football championships, and improvements in competitiveness fostered by continued implementation of a flexible exchange rate regime. Inflation should return to single digits by late-2010, helped by continued transition to inflation targeting and continued prudent incomes policies, and will be anchored around 5–7 percent from 2011. Current account deficits should remain small and readily financeable, helped by continued fiscal prudence, with reserves rising and at safe levels. [...]
7. We are prepared to respond flexibly to economic developments. [...]

III. POLICIES FOR 2009

A. Monetary and Exchange Rate Policy

8. We will implement a flexible exchange rate regime. [...]
9. NBU [National Bank of Ukraine] actions and regulations concerning the foreign exchange market will be designed to enhance the market mechanism. [...]
10. The main goal for monetary policy will be to reduce CPI inflation to 17 percent by end-2009. [...]
11. Our medium-term goal is to re-anchor monetary policy with an inflation targeting regime. [...]

B. Financial Sector Policy

12. Our key near-term priority is to restore stability and confidence. To restore financial stability, our priorities are to (i) stabilize the banking system through a flexible provision of liquidity by the National Bank, (ii) enhance daily monitoring of banks' liquidity condition, and (iii) ensure bank solvency through strengthened on- and off-site supervision. [...]

13. We are also preparing a comprehensive bank resolution strategy. [...]

C. Fiscal Policy

14. We intend to keep the general deficit at low levels in 2008 and 2009. [...]

15. A combination of factors places us in a good position to meet our fiscal targets. The starting position is sound: we have a close-to-balanced budget to-date in 2008. Moderating public sector wage growth and gradually passing through imported gas prices increases to consumers will generate savings. [...]

16. We will change the course of our incomes policies. Our recent minimum wage, pension, and social transfer increases helped to lift many out of poverty, an important achievement. However, the boom in our trade prices, which allowed us to fund these increases, is now expected to reverse. Still, the strong underlying trend of productivity growth in Ukraine offers some margin for us to adjust while broadly preserving past gains. Our adjustment strategy will thus be to limit the increase in both minimum and average public wage and pensions, and other social transfers, in line with projected inflation in 2009 (average and end-period basis). [...]

17. In the broader public sector, we consider it very important to secure greater transparency and financial stability in Naftogaz. [...]

18. We would like to reassure that we have in place an effective safety net to help vulnerable groups that may be affected by the macroeconomic adjustment. [...]

D. Private Sector Support Policies

19. Our program recognizes the possible need to facilitate resolution of corporate sector debts. [...]

20. It is also important to emphasize that we have not lost sight of Ukraine's pressing structural reform needs. [...]

E. Safeguards Assessment

21. We recognize the importance of completing an update safeguards assessment of the NBU by the first review of the standby arrangement. To facilitate this we will authorize the NBU's external auditors to provide IMF staff with all necessary information, including management letters for 2005–07, and to hold discussions directly with Fund staff. We also commit to receiving a safeguards mission, and to provide that mission with all necessary information requested without delay, including information related to correspondent banks and foreign reserve placements. [...]

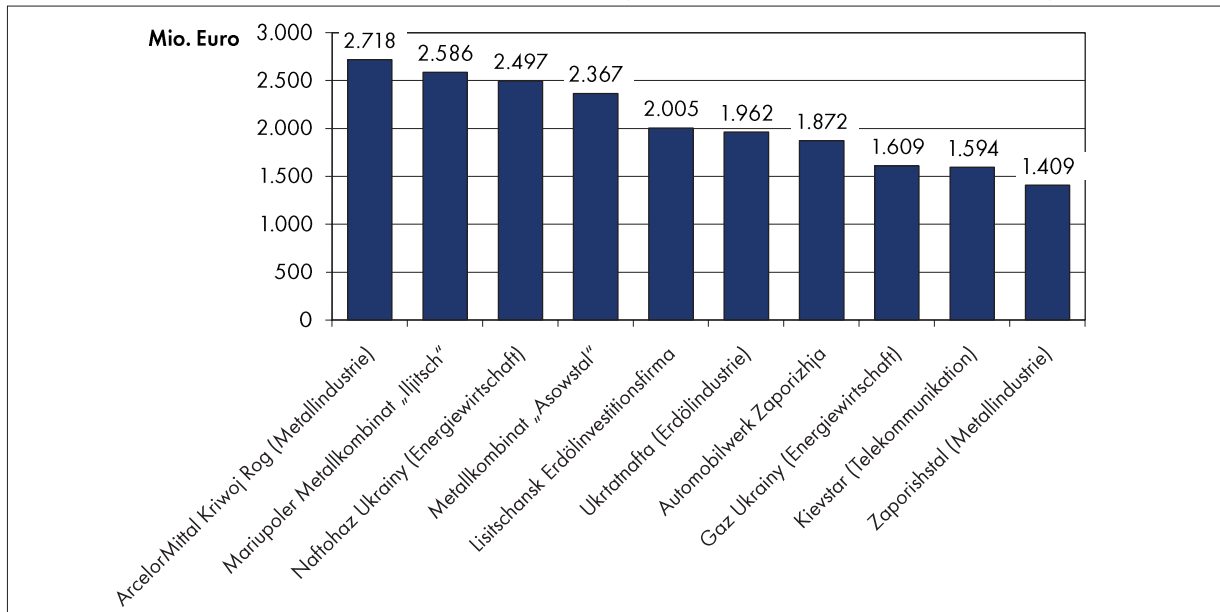
F. Program Monitoring

22. The program will be monitored through regular reviews, prior actions, quantitative performance criteria and indicative targets, and structural performance criteria and structural benchmarks. [...]

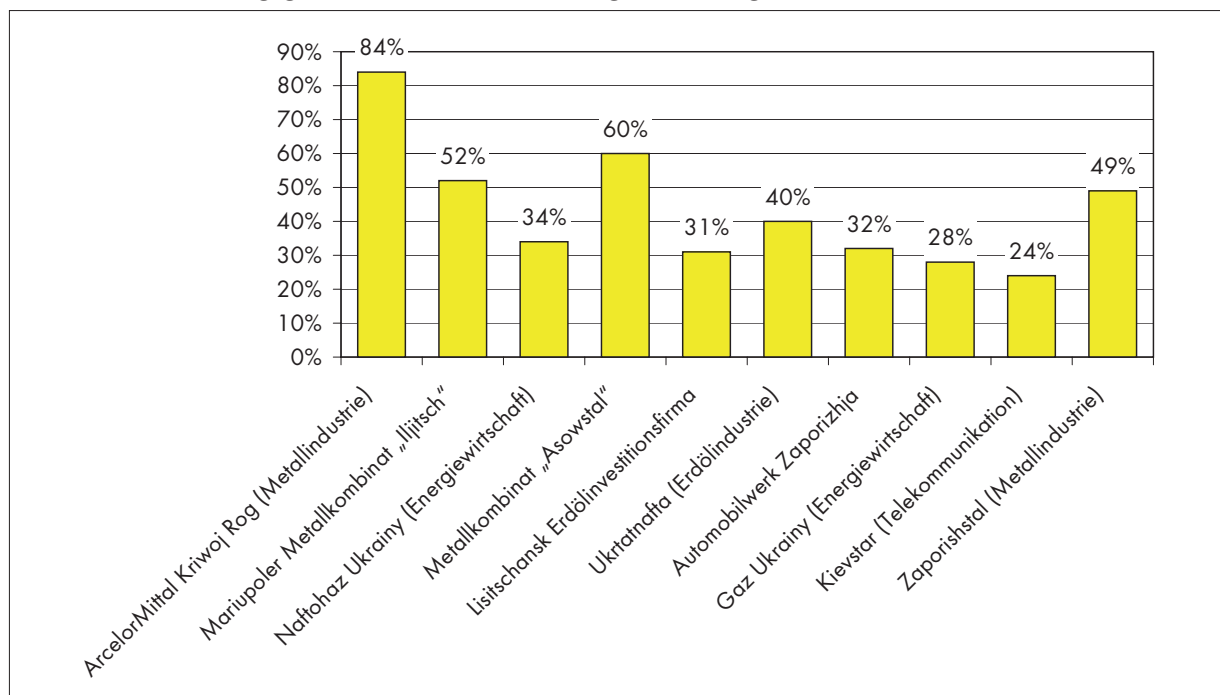
23. In addition to the policies outlined in this MEFP, the government stands ready to take additional policy measures as appropriate to ensure the attainment of these objectives. [...]

Statistik

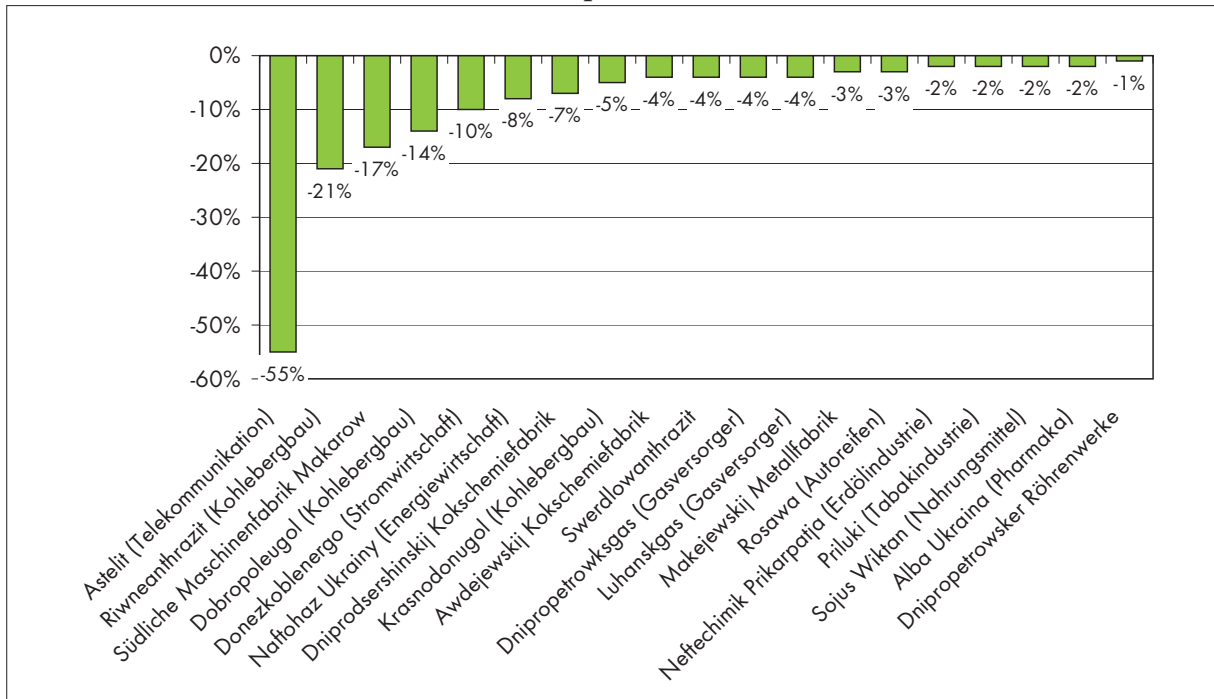
Die größten Unternehmen der Ukraine

Grifik 1: Die 10 umsatzstärksten Unternehmen (Nettoumsatz in Mio. Euro, 2007)


Quelle: Rating der 200 größten ukrainischen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors, *Ekspert (Ukraine) Nr. 45 (17.11.2008)*

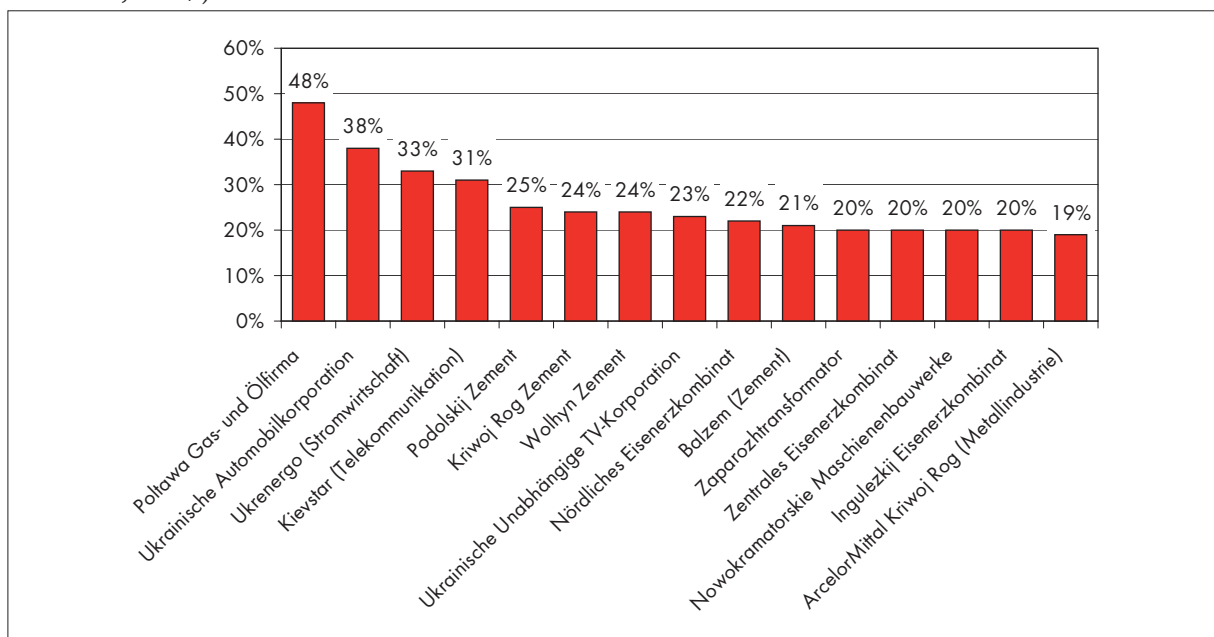
Grifik 2: Abnutzungsgrad der Produktionsanlagen der 10 größten Unternehmen


Quelle: Rating der 200 größten ukrainischen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors, *Ekspert (Ukraine) Nr. 45 (17.11.2008)*

Grafik 3: Großunternehmen mit Verlust im operativen Geschäft (2007)


Anmerkung: Aufgenommen wurden nur Unternehmen mit einer Rentabilität von weniger als -1%.

Quelle: Rating der 200 größten ukrainischen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors, Ekspert (Ukraine) Nr. 45 (17.11.2008)

Grafik 4: Die 10 Großunternehmen mit der höchsten Rentabilität (bezogen auf das operative Geschäft, 2007)


Quelle: Rating der 200 größten ukrainischen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors, Ekspert (Ukraine) Nr. 45 (17.11.2008)

Analyse

Politische Strategien wohltätiger Nichtregierungsorganisationen bei der Institutionalisierung neuer Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung in der Ukraine

Von Nadja Lobner, Maxim Zubarev, Vyacheslav Zyryanov, Salzburg/Melitopol/Charkiw

Zusammenfassung

In der Ukraine gibt es einige wohltätige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die dank der transnationalen Zusammenarbeit mit westlichen NGOs nicht-staatliche Betreuungseinheiten zur Resozialisierung verwahrloster Kinder und Jugendliche aufbauen konnten und erfolgreich betreiben. Mit welchen politischen Strategien es diesen NGOs gelingt, trotz ungünstiger politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Bedingungen der defekten ukrainischen Demokratie erfolgreich neue Strukturen zu institutionalisieren und sich als wohltätige zivilgesellschaftliche Organisationen zu konsolidieren, wurde im Rahmen eines von der Österreichischen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekts an der Soziologischen Fakultät der Karazin-Universität in Charkiw untersucht. MOEL-Plus-Stipendiatin und Projektleiterin war Dr. Nadja Lobner, die Doktoranden Vyacheslav Zyryanov und Maxim Zubarev waren Projektmitarbeiter.

Einleitung

Der nichtstaatliche Sektor entwickelt sich in den postsowjetischen Gesellschaften nur langsam. In der Ukraine liegt die Hauptursache dafür in einer unzureichenden Zusammenarbeit von politisch-administrativen Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen. Abgeordnete (auf allen Ebenen) sind nicht bereit dazu, NGOs in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Damit sind zivilgesellschaftliche Institutionen von den persönlichen Kontakten zu den sich in verantwortlichen Positionen befindlichen Personen abhängig. Die Partizipation der StaatsbürgerInnen ist nur auf einem sehr niedrigen Niveau organisiert, soziales Vertrauen und zivilgesellschaftliche Kooperation sind nicht entwickelt. Der Großteil der Bevölkerung orientiert sich an individuellen Formen der Artikulation eigener Interessen, begibt sich lieber in staatliche und korporatistische Patronagebeziehungen, anstatt nach staatsbürgerlicher Selbstorganisation zu streben. Die Vorstellung, dass StaatsbürgerInnen ihre Lebensbedingungen selbst gestalten können, verbreitet sich nur sehr langsam.

Auf Seiten der NGOs erschwert die interne Organisationsstruktur die erfolgreiche Tätigkeit. Viele bestehende NGOs sind von der Tätigkeit einer Person abhängig, deshalb meist nur sehr kurzfristig tätig und brechen zusammen, sobald diese Person die Leitungstätigkeit zurücklegt. Dieses Phänomen kann als »Organisationsphantom« bezeichnet werden, denn die Organisation umfasst nur ihren Leiter und dessen nächste Umgebung. Doch selbst in NGOs, die komplexer organisiert sind, entsprechen die internen Entscheidungsprozesse

nicht immer demokratischen Prinzipien. Ein spezielles Problem bei der Entwicklung wohltätiger Nichtregierungsorganisationen in der Ukraine ist, dass Wohltätigkeit in den post-sowjetischen Transformationsgesellschaften aus historisch-kulturellen Gründen mit Almsgewen, Barmherzigkeit und Freiwilligkeit assoziiert wird. Der europäisch/westliche Ansatz, soziale Hilfe in Form von nichtstaatlichen Strukturen professionell zu institutionalisieren, ist der ukrainischen Gesellschaft noch relativ fremd. Es ist daher nicht möglich, die westlichen Modelle zu übertragen, sondern es ist eine Adaptierung der Idee von Sozialarbeit und Wohltätigkeit notwendig.

Statistische Daten darüber, wie viele wohltätige NGOs in der Ukraine existieren, sind nicht verlässlich. Es zeigt sich aber, dass Jugendarbeit und Sozialarbeit einen sehr großen Tätigkeitsbereich von NGOs in der Ukraine ausmachen und Jugendliche zur wichtigsten Zielgruppe von NGOs geworden sind. Es lassen sich religiöse und säkulare Nichtregierungsorganisationen ausmachen, die Sozialarbeit für Jugendliche anbieten. Grundsätzlich erhalten die in diesem Feld tätigen NGOs finanzielle Mittel von Sponsoren und Geberorganisationen, zu einem großen Teil aus dem westlichen Ausland und von internationalen Organisationen.

Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Für die empirische Untersuchung wurden drei in der Ukraine tätige NGOs ausgewählt, die Einrichtungen zur Resozialisierung verwahrloster Kinder und Jugendlicher betreiben. Zwei der ausgewählten NGOs hat-

ten ihre Hilfsprojekte bereits vor 10 Jahren gegründet, die Projekte waren zum Zeitpunkt der Untersuchung bereits konsolidiert, also zu ständigen Einrichtungen geworden. In ihrer Arbeitsweise und ihren Strategien unterschieden sich NGO1 und NGO2 jedoch wesentlich voneinander. Die dritte NGO (NGO3) befand sich zum Zeitpunkt der Untersuchung im Anfangsstadium der Institutionalisierung eines Tageszentrums für Jugendliche. Es wurden drei weitere Interviews geführt, die der Vertiefung des Verständnisses der Problematik dienten. Zwei Interviews wurden mit MitarbeiterInnen von Geberorganisationen aus dem EU-Raum geführt. Auch hier waren große Unterschiede in der Herangehensweise und in ihren politischen Strategien den ukrainischen Partnerorganisationen sowie den ukrainischen Behörden und politischen Akteuren gegenüber zu erkennen. Ein weiteres Interview wurde mit einer kompetenten Person aus der für NGOs zuständigen Abteilung der Stadtadministration geführt.

Vom Engagement als Freiwilliger zum Projektkonzept

Vergleicht man alle drei untersuchten NGOs, so zeigt sich, dass deren Gründer bzw. deren aktuelle Leiter vor der Gründungsphase als Freiwillige in der Sozialarbeit mit verwaahlosten Jugendlichen gearbeitet hatten und die Betroffenheit über die transformationsbedingten ökonomischen und sozialen Probleme der ukrainischen Bevölkerung sie zu dieser freiwilligen Tätigkeit als Helfer bewegt hatte. Während der Tätigkeit als Freiwillige begann man gemeinsam mit anderen Freiwilligen Konzepte für neue Hilfsprojekte im Sozialbereich vorzubereiten. Sowohl NGO1 als auch NGO2 arbeiteten rund zwei Jahre lang an Konzepten und Projektanträgen, bis dann in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einer der Anträge erfolgreich war und das erste langfristig angelegte Hilfsprojekt für Jugendliche von »westlichen« (d. h. europäischen oder amerikanischen) Geberorganisationen mit finanziellen Mittel ausgestattet wurde. Auch der Leiter von NGO3 berichtete von einer bereits zwei Jahre dauernden Projektvorbereitung und Vernetzungsarbeit.

Bürokratische Hürden

Die Behördengänge, um die Genehmigungen zur Gründung von Sozialprojekten für verwaahloste Jugendliche einzuholen, werden von den InterviewpartnerInnen als sehr zeitaufwendig beschrieben. Um letztendlich die notwendigen behördlichen Genehmigungen zu bekommen, war die Unterstützung aus dem westlichen Ausland unabdingbar. Diese Unterstützung zeigte sich

in zweierlei Art und Weise: Zum einen sicherte die ausländische Geberorganisation mittelfristig die Finanzierung von Hilfsprojekten, zum anderen trat die ausländische Geberorganisation gemeinsam mit der ukrainischen NGO gegenüber den ukrainischen PolitikerInnen und BeamtenInnen auf und leistete Überzeugungsarbeit, um neue Strukturen zur Betreuung von Jugendlichen und Kindern aufbauen zu können. Die transnationale Kooperation mit westlichen Geberorganisationen kann also für die Gründungsphase als erfolgreiche politische Strategie gegenüber den ukrainischen Behörden bezeichnet werden.

Es musste ein Projektkonzept vorbereitet werden, das den Behörden vorgelegt werden kann. Konzeptarbeit war in der Ukraine bis Mitte der 1990er Jahre unüblich, den engagierten Personen im zivilgesellschaftlichen Bereich fehlte es meist an der notwendigen Zusatzausbildung, um derartige Konzepte systematisch entwickeln zu können. Hier bekam zum Beispiel NGO1 Unterstützung von der westlichen Partnerorganisation: NGO1, NGO2 als auch NGO3 waren in dieser Phase aus ihrer Sicht mit sehr viel Misstrauen von Seiten der Administration auf kommunaler Ebene und Gebiets Ebene konfrontiert. Auch heute noch erhalten einige ukrainische NGOs Unterstützung von Seiten der westlichen Partner-NGO, um bei Verhandlungen erfolgreicher überzeugen zu können, allerdings nur mehr, wenn das von einer ukrainischen NGO gewünscht wird. Um BeamtenInnen zu überzeugen, werden diese manchmal von den westlichen Partnerorganisationen eingeladen, um ihnen anhand konkreter, bereits wirkender Hilfsprojekte für Jugendliche den sozialen Nutzen dieser Hilfsprojekte für die eigene Stadt, die eigene Region vorführen zu können. In diesem Fall wird Wohltätigkeit als Modell und die damit verbundenen Werte an die Organe der ukrainischen Staatsmacht vermittelt.

Es geht aber auch darum, sich als NGO durch Überzeugungsarbeit in den Verhandlungen gegen die budgetären Engpässe und die institutionalisierte Korruption in den Behörden durchzusetzen. Die Problematik der Korruption sowie der Geldwäsche durch wohltätige Fonds wurde in den Interviews mit NGO1, NGO2 und NGO3 angesprochen. Den InterviewpartnerInnen ist bewusst, dass sie sehr leicht in Verdacht geraten können, Spendengelder zu veruntreuen, sie betonen gleichzeitig aber die genaue Kontrolle ihrer Buchhaltung durch Steuerbehörden und westliche Partnerorganisationen. Grundsätzlich kann aber gesagt werden, dass die in der Ukraine in allen Sphären verbreitete Korruption die Entwicklung des Vertrauens in Nichtregierungsorganisationen behindert.

Staatliche Förderung

Die Finanzierung der sozialen Hilfsprojekte für Jugendliche wurde bereits in der Gründungsphase von Geberorganisationen aus dem westlichen Ausland gesichert. Die Stadt oder Region stellte keine Budgetmittel zur Verfügung, sondern unterstützte die NGOs durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten, in denen die verwahrlosten Kinder und Jugendlichen untergebracht werden konnten, und durch Vergünstigungen bei den Kommunalabgaben. NGO1 und NGO2 erhielten diese Art von Unterstützung, der Leiter von NGO2 bezeichnet sie sogar als die wichtigste Unterstützung in der Anfangsphase, die die Gründung der Hilfseinrichtung wesentlich erleichtert hat. Heute sei es aufgrund der schnell steigenden Mietpreise kaum mehr möglich, als NGO in Städten Räumlichkeiten anzumieten, und es gebe mittlerweile kaum noch geeignete Räumlichkeiten, die die Stadtverwaltung gratis zur Verfügung stellen könne. Die Problematik des Mangels an verfügbaren Gebäuden für Hilfsprojekte für Jugendliche ist auf einen Ausverkauf ehemals kommunaler Infrastruktur zurückzuführen. Es ergeben sich daraus langfristig Probleme für den Sozialbereich. NGO3 arbeitet eng mit der katholischen Kirche zusammen, welche auch die Räumlichkeiten für das geplante Tageszentrum für Straßenkinder zur Verfügung stellen wird, aus diesem Grund ist man in diesem Fall nicht auf das Entgegenkommen der Stadtverwaltung angewiesen.

Verstetigung

NGO2 stellte nach der ersten Förderung durch eine ausländische Geberorganisation noch weitere Projektanträge an ausländische oder internationale Geberorganisationen und war erfolgreich. NGO1 wurde von der ausländischen Organisation, mit der man auch in der Gründungsphase kooperiert hatte, weitere finanzielle Ressourcen mittelfristig zur Verfügung gestellt. Dies gelang auch durch die Bereitschaft von Privatpersonen im westlichen Ausland, regelmäßig größere Summen mit Zweckbindung an ein bestimmtes Hilfsprojekt zu spenden. Die Voraussetzungen für den Erfolg waren qualitätvolle Arbeit und genaue Berichterlegung.

In dieser Phase der Institutionalisierung versuchten die NGOs, die bereits bestehenden Hilfsprojekte zu vertiefen und leicht zu verändern, waren dabei aber von ihren Sponsoren abhängig und werden durch ihre Rechenschaftspflicht den Geldgebern gegenüber in ihrer Handlungsfreiheit bei der Ausgestaltung der bestehenden Projekte eingeschränkt. In dieser Phase investierten die Leiter der NGOs selbst viel Zeit in die eigentliche Sozialarbeit mit den Jugendlichen, entwi-

ckelten sich also von Freiwilligen zu professionellen Sozialarbeitern.

Während der Phase der Institutionalisierung investierte NGO1 viel Energie in ihre Repräsentation im Sinne von Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Akteuren, von denen sie direkt abhängig war. Im Falle von NGO1 ist das die Stadtverwaltung. Die erfolgreiche Teilnahme an einem Wettbewerb für Sozialprojekte spielt dabei eine wesentliche Rolle. Die gelungene Repräsentation in der Öffentlichkeit ist ein wesentlicher Schritt, um sich als seriöse NGO von Phantomorganisationen abzugrenzen. Wenn auch die Finanzierung aus dem Stadtbudget nicht hoch ist, so kann sie symbolisch als Zeichen des Vertrauens von Seiten der Behörden verstanden werden.

Zur Repräsentation gehört auch die Vernetzung der NGOs. NGO2, die bereits seit 10 Jahren besteht, arbeitet mit vielen anderen NGOs auf nationaler und transnationaler Ebene zusammen und ist selbst Mitgründerin eines Netzwerks. Bezüglich Vernetzung sind in einigen geführten Interviews widersprüchliche Aussagen aufgetaucht. Einerseits ist die Vernetzung für die NGOs notwendig, andererseits müssen dafür zusätzliche Geldmittel gefunden werden, die nicht der eigentlichen Sozialarbeit dienen. Es kann davon ausgegangen werden, dass alle NGOs auf die eine oder andere Weise vernetzt sind, doch nicht alle Netzwerke sind durch eine Netzwerkbezeichnung oder eine Website im Internet repräsentiert.

Institutionalisierung durch Professionalisierung

Die weitere Institutionalisierung der NGOs und ihrer Hilfsprojekte zeichnete sich durch Professionalisierung der internen Arbeitsabläufe sowie einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Organen der Staatsmacht aus. Mit der Ausweitung der Dokumentationspflichten entfremdete sich die Leitung der NGOs gleichzeitig zunehmend von der eigentlichen Sozialarbeit, die ehemaligen »Gründerväter« werden zu Sozialmanagern. Die Einwerbung und Verwaltung von größeren Geldsummen für den Aufbau weiterer Projekte führte zu einer plötzlichen Erhöhung der Verantwortung der Projektleitung, was von den verantwortlichen Personen teilweise als belastend empfunden wurde.

Heute werden neue Projekte geplant und durchgeführt, alte und neue Projekte greifen ineinander, in ihrer Komplexität spiegelt sich die Komplexität der Problematik der Zielgruppe der verwahrlosten Kinder und Jugendlichen wider. Die tätigen NGOs werden von den ukrainischen Behörden als politische

Akteure wahrgenommen. Es gibt regelmäßige Treffen, bei denen PolitikerInnen, BeamtInnen und NGOs versuchen, gemeinsam die sozialen Probleme der Zielgruppen zu lösen, das Konkurrenzverhältnis zwischen NGO und Staatsmacht bleibt aber bestehen. Im Laufe der Zeit haben sich die Machtkonstellationen in der staatlichen Politik verändert: Machtwechsel in der Ukraine haben dazu geführt, dass andere Personen die Ämter bekleiden, mit denen die NGOs zusammenarbeiten können. So berichtet zum Beispiel der Leiter von NGO2 davon, dass viele BeamtInnen der »neuen Generation« – d. h. jene, die nach der Orangen Revolution politische Ämter besetzt haben – in zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre ersten politischen Erfahrungen gesammelt hatten und es dadurch für die NGO leichter geworden sei, mit den Behörden bestimmte Fragen zu klären. NGO2 wie NGO1 verfügen über »persönliche Kontakte« zu PolitikerInnen, doch seien diese Kontakte aufgrund häufiger Machtwechsel und des Austauschs von einzelnen PolitikerInnen keine Garantie für Stabilität.

Problematisch ist, dass trotz der Professionalisierung der NGOs und der durch ihre Projektarbeit neu geschaffenen Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung die finanzielle Abhängigkeit von westlichen Geberorganisationen beinahe zur Gänze weiter besteht. Den ukrainischen NGOs gelingt es kaum, vor Ort ausreichend Sponsorengelder von SpenderInnen (Unternehmen oder Privatpersonen), ukrainischen wohltätigen Fonds oder Mittel aus dem kommunalen oder regionalen Staatshaushalt einzuwerben, um sich von den westlichen Geberorganisationen lösen zu können. Von einer Konsolidierung jener NGOs, die eine marginalisierte Gruppe wie Straßenkinder vertritt, kann nach einer zehnjährigen Tätigkeit daher noch nicht die Rede sein.

Resümee

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass es ohne finanzielle Unterstützung aus dem westlichen Ausland und von internationalen Organisationen in der Ukraine keine NGOs gäbe, denen die Institutionalisierung eigener Einrichtungen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung gelungen wäre. Die staatlichen Akteure in der Ukraine verlassen sich darauf, dass westliche Partner- und Geberorganisationen finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, und fördern selbst die Entstehung einer organisierten Zivilgesellschaft kaum. Aus der Perspektive der NGOs ist es schon ein Fortschritt, vom Staat nicht behindert zu werden. Die NGOs erleben sich selbst in der Rolle der Konkurren-

ten des Staates, nicht aber als Partner. Dass sich ihr Verhältnis zum Staat wesentlich vom Verhältnis NGOs-Staat im EU-Raum unterscheidet, ist den ukrainischen NGOs bewusst. Dennoch ist die enge Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden notwendig, da sich die NGOs ansonsten immer im rechtsfreien Raum bewegen und die Gründung und Führung neuer Strukturen nicht gelingt. Eine ukrainische NGO steht daher immer im Spannungsfeld der Abhängigkeiten von zwei politischen Akteuren aus sehr unterschiedlichen politischen Kulturen. Zum einen gilt es, die für die Ukraine typische »Verhandlungskultur« und Kontrollen zu kennen, zum anderen fordern die westeuropäischen Partnerorganisationen Transparenz, Dokumentation, Kommunikation. Für die Leitung einer NGO ist das eine besondere Herausforderung.

Die Institutionalisierung von Hilfsprojekten für Kinder und Jugendliche durch NGOs ist ein langer, mühsamer Weg. Von einer Konsolidierung der NGOs kann nicht die Rede sein. Insofern bestätigen diese Forschungsergebnisse, dass die Ukraine in ihrer politischen Kultur noch stark vom sowjetischen Vorgängerstaat geprägt ist. Die Beziehungen zwischen politischen Funktionsträgern, NGOs und Bevölkerung sind durch Misstrauen charakterisiert. Da Korruption ein prägendes Merkmal des politischen und ökonomischen Lebens in der Ukraine ist und viele nichtstaatliche Organisationen von politischen Funktionsträgern gegründet wurden und zur Geldwäsche dienen, ist das Misstrauen in NGOs von Seiten der Bevölkerung nicht unbegründet. NGOs, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, geraten leicht unter Verdacht, diese nicht wirklich zu versorgen, sondern Fördergelder oder Spenden zu veruntreuen.

Von einer eindeutigen Be- oder Verhinderung von NGOs durch den Staat kann nicht ausgegangen werden, sondern es handelt sich um mangelnde Unterstützung, die unter ungünstigen Kontextbedingungen für NGOs den Aufbau neuer Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung erschweren. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zivilgesellschaft durch die Wechselwirkungen von korrupten Praktiken, klientelistischen Netzwerken und mangelndem Vertrauen in Politik, Verwaltung und in einem Großteil der Bevölkerung nicht entwickeln kann. Umso wichtiger ist es für NGOs, mit ihren politischen Strategien Transparenz und Integrität zu signalisieren. Das staatliche Wohlfahrtssystem genügt nicht, um Kindern und Jugendlichen tatsächlich zu helfen, sondern es braucht Zusammenarbeit und ein Ineinandergreifen von Wohlfahrtssystem und Wohltätigkeit,

um dem Problem der Kinder- und Jugendverwahrlosung Herr zu werden.

Das Engagement nichtstaatlicher Organisationen, die mit verwahrlosten Kindern und Jugendlichen arbeiten, wird durch ungünstige sozioökonomische Entwicklungen und Armut unterlaufen. Es braucht Veränderungen auf der Makroebene. Genau an diesem Punkt setzen auch die NGOs und ihre westlichen Partnerorganisationen an. Sie wirken nicht nur gegenüber den Kindern und Jugendlichen, indem sie versuchen, ihnen bei der Überwindung der Verwahrlosungserfahrung zu helfen, sondern vertreten auch deren Interessen gegenüber ukrainischen Politikern auf allen Ebenen. Gleichzeitig bemühen sich die NGOs, das Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen nach westlichem Vorbild zu gestalten. Es kann hier also aus ukrainischer Perspektive nicht nur von einem Import von Strukturen und Know-how im nichtstaatlichen Sektor gesprochen werden, sondern auch von einem Import politischer Kultur – nicht nur im Sinne der Werte, Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürger gegenüber den politischen Institutionen und den politischen Vorgängen, sondern auch im Sinne der Veränderung der Haltung politischer Eliten gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Jene NGOs, die bereits seit einem Jahrzehnt erfolgreich arbeiten und eigene Strukturen gegründet haben, in denen die jugendlichen KlientInnen betreut werden, empfehlen NGO-NeugründerInnen, sich mit ihren Projektideen an bestehenden NGOs zu orientieren bzw. diese Projekte in Kooperation mit den bestehenden NGOs aufzubauen und die bereits bestehenden Synergieeffekte bestehender Netzwerke stärker zu nutzen. Vielfach wurde in der Vergangenheit von NeugründerInnen erfolglos versucht, völlig unabhängig und ohne Partnerschaften mit Politik, Behörden und anderen NGOs, neue Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung zu schaffen. Problematisch ist oft, dass ausländische Sponsoren ihre eigenen Vorstellungen von Hilfsprojekten haben, die aber nicht den ukrainischen Vorstellungen und der ukrainischen Realität entsprechen. Hier müsste stärker mit den Einheimischen zusammengearbeitet werden. Viel Geld geht beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen einer NGO verloren, deshalb sollte hier eingespart werden. Es wäre grundsätzlich möglich, Verwaltungsstrukturen gemeinsam mit anderen NGOs zu nutzen.

Der Wunsch von Sponsoren, schnelle Erfolge sehen zu wollen, führt bei ukrainischen NGOs oft zu Fehlkalkulationen im Hinblick auf die langfristige Finanzierung eines Hilfsprojekts und in der Folge zu einer

Verkomplizierung/Verschlechterung der Beziehungen zu den staatlichen Machtorganen oder den Organen der kommunalen Selbstverwaltung, zu denen zuerst über lange Jahre und mühsam positive Kontakte aufgebaut werden mussten. Es muss damit gerechnet werden, dass mindestens ein halbes Jahr oder länger für die Vorbereitung eines Projektes eingeplant werden muss, damit sich die NGO die Unterstützung der Behörden und Stadtpolitiker/Bezirkspolitiker bei der Realisierung des Projekts sichern kann. In der Anfangsphase, in der eine NGO noch nicht bekannt ist und erst strategische Partnerschaften im Ort schaffen muss, dauert die Vorbereitung sogar noch länger, es kann mit einer Vorbereitungsphase von zwei Jahren gerechnet werden. In der Vorbereitungsphase sollte es darum gehen, strategische Partnerschaften aufzubauen, innerhalb der Behörden und der Politik Verbündete zu suchen, die das Projekt unterstützen. Es gilt, einen halbwegs reibungslosen Ablauf von Behördenwegen zu sichern, ohne Bestechungsgelder zu bezahlen. Sich als NGO, welche die Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung zum Ziel hat, in das Netz der Korruption ziehen zu lassen, bedeutet, den Zielen der NGO zuwider zu handeln: Korruption ist ein nicht zu vernachlässigender Faktor für die Reproduktion von Armut bzw. Armut und Korruption bedingen sich gegenseitig.

Des Weiteren ist es sinnvoll, mit Teilen der Verwaltung im Sozialbereich gemeinsame Interessen zu entdecken und mit diesen Ämtern zusammenzuarbeiten. Ein Verbündeter in den Verhandlungen mit der Stadtpolitik um ein höheres Sozialbudget könnte das Jugendamt sein. Als strategische Partnerschaft ist auch die Vernetzung mit anderen ukrainischen NGOs als auch ausländischen NGOs und internationalen Organisationen zu verstehen. Diese Kontakte müssen ständig gepflegt werden. Vernetzungen und Organisationsentwicklungsprozesse werden zum Beispiel von der UNICEF gefördert. Gelder für praktische Sozialarbeit sind von der UNICEF hingegen weniger zu erwarten, hierzu muss Fundraising im In- und Ausland bei Privatpersonen, Unternehmen, Fonds und internationalen Hilfsorganisationen betrieben werden. Für NGOs, die Hilfseinrichtungen für verwahrloste Kinder und Jugendliche gründen und führen, besteht das Problem, einerseits für ihre jungen KlientInnen Verantwortung zu haben, diese ständig materiell und immateriell betreuen und dafür finanzielle Ressourcen sichern zu müssen, andererseits geht es aber auch darum, die Organisationsstrukturen der NGO aufbauen und entwickeln zu müssen. Auch hierfür sind finanzielle Ressourcen, doch auch Know-how, notwendig. Es ist deshalb sinnvoll,

als NGO auf die Angebote von Seiten anderer politischer Akteure, die Unterstützung bei der Professionalisierung der Organisation oder beim Führen von Ver-

handlungen mit politischen Akteuren oder Politikern anbieten, zurückzugreifen.

Über die Autoren:

Dr. Nadja Lobner ist Mitarbeiterin der Salzburg Ethik Initiative. Sie war von März bis August 2008 als Gastforscherin der Österreichischen Forschungsgemeinschaft (MOEL-Plus-Programm) an der Soziologischen Fakultät der Karazin-Universität, Charkiw und führte das Projekt »Politische Strategien wohltätiger Nichtregierungsorganisationen bei der Institutionalisierung neuer Strukturen zur Minderung von Kinder- und Jugendverwahrlosung in der Ukraine« in Zusammenarbeit mit den Aspiranten Maxim Zubarev und Vyacheslav Zyryanov durch.

Maxim Zubarev ist Spezialist für Geografie und Geschichte (Lehramt), Abgeordneter zum Stadtrat Melitopol und Leiter der Abteilung für Planung, Organisation und Kontrolle der Stadtverwaltung Melitopol.

Vyacheslav Zyryanov ist diplomierter Soziologe und Aspirant an der Soziologischen Fakultät der Karazin-Universität in Charkiw. Er arbeitet derzeit als Sozialarbeiter in einem Tageszentrum für Straßenkinder.

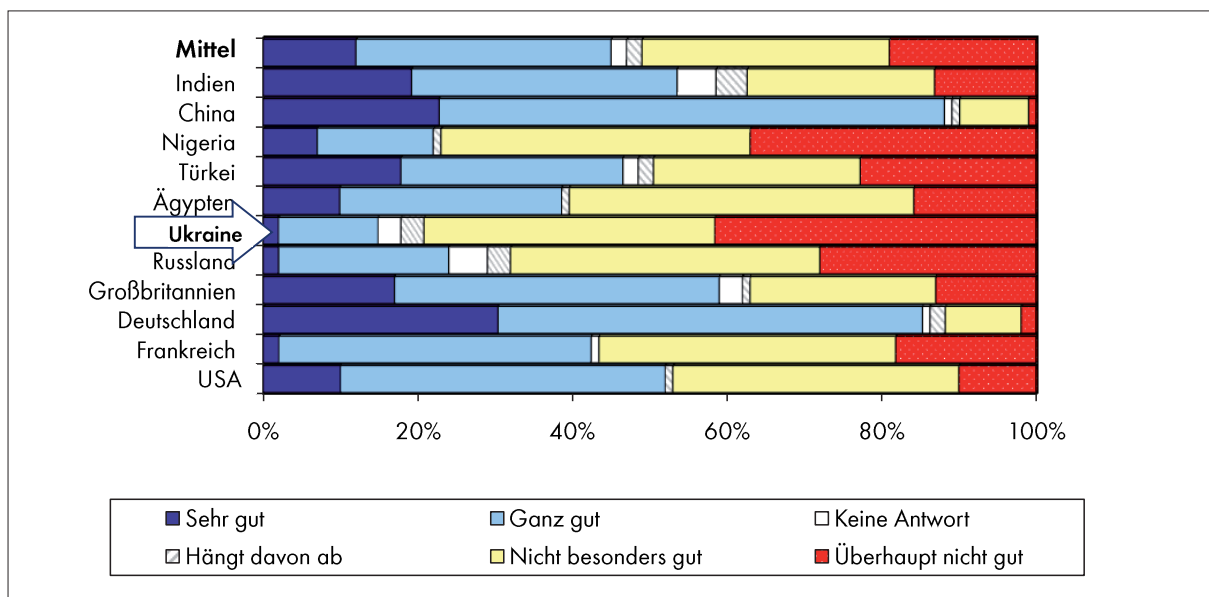
Lesetipps:

- Lobner, Nadja (2008), Wirklich arm sind die anderen. Partizipative Armutsforschung mit Jugendlichen. Eine interdisziplinäre, empirische Studie auf politikwissenschaftlicher Basis. Salzburg: Dissertation.
- Volynets, L. S./Sichkar, O. O. (Hg.) (2004), Street Children: Situation Analysis. Kiev: Sphere.

Umfrage

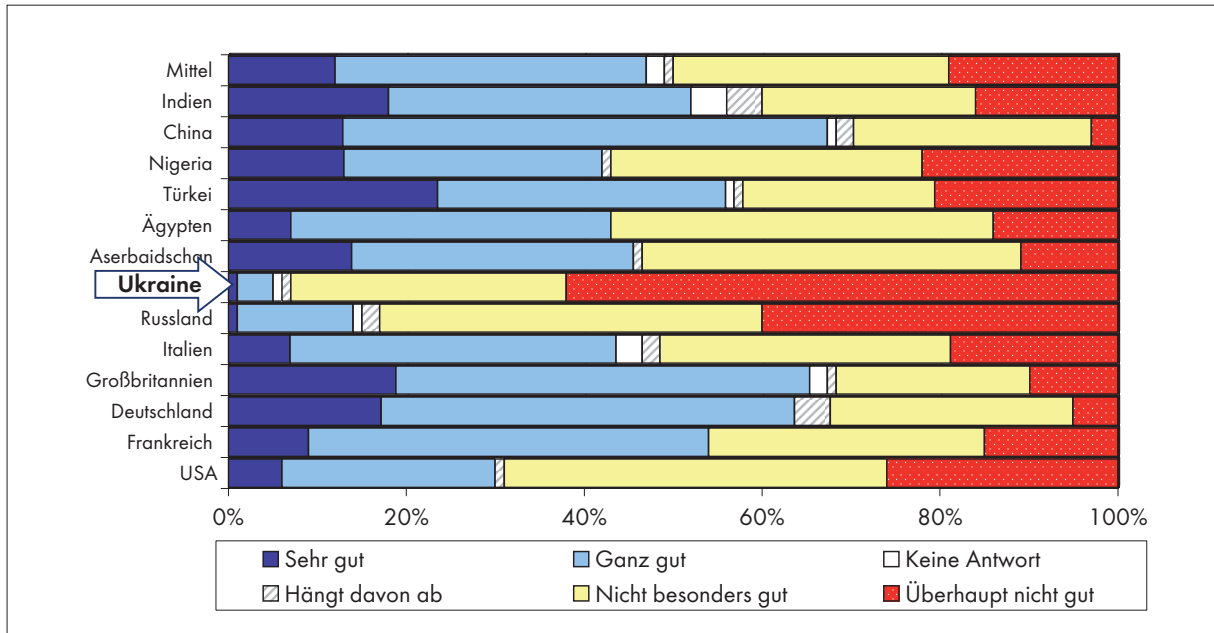
Die Wahrnehmung sozialer Sicherheit im internationalen Vergleich

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass sich ihre Bürger ausreichend ernähren können?



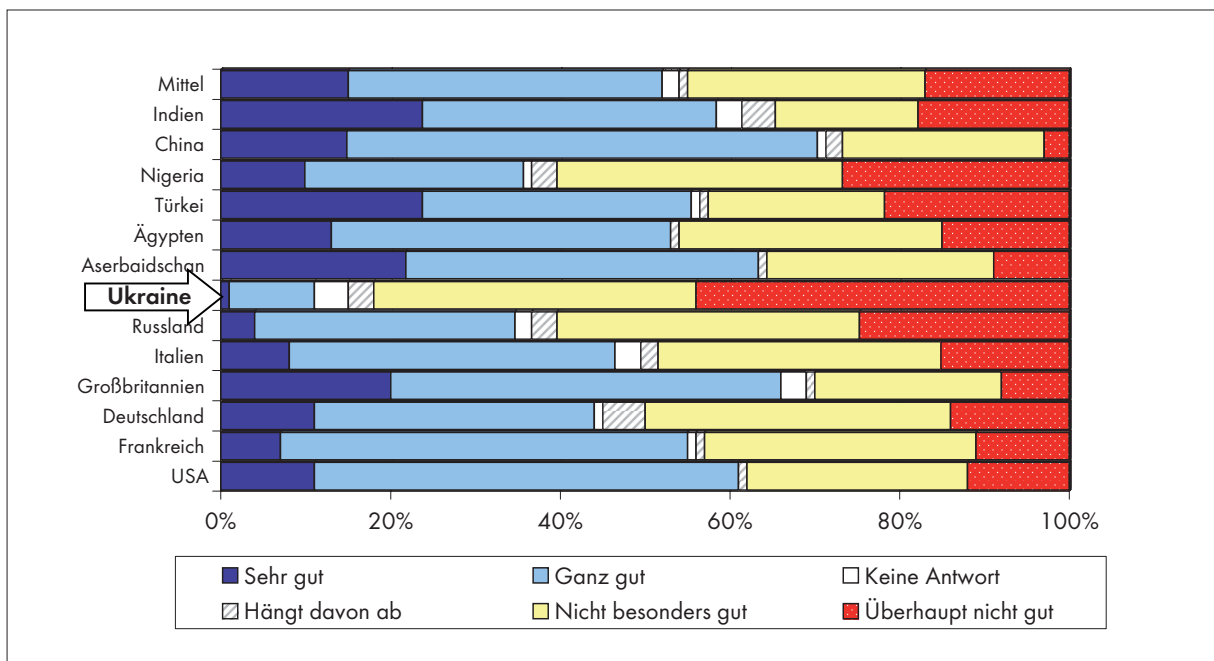
Quelle: Umfragen von World Opinion www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf; China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass ihre Bürger eine ausreichende Gesundheitsversorgung erhalten?



Quelle: Umfragen von World Opinion www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf; China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.

Sorgt Ihre Regierung dafür, dass ihre Bürger ausreichende Bildungsmöglichkeiten haben?



Quelle: Umfragen von World Opinion www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Socio-Econ_Global_quaire_emb.pdf; China ohne Hongkong, Taiwan und Macao.

Analyse

Dialog mit Potenzial. Die deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen

Von Kathrin Hartmann, Berlin

Zusammenfassung

Nie waren die Voraussetzungen für die deutsch-ukrainische Kulturzusammenarbeit so gut wie heute. Bedeutende zeitgenössische Künstler aus der Ukraine waren in den letzten Jahren in Ausstellungen präsent, auf Konzertreisen oder bei Theatergastspielen in Deutschland zu erleben. Deutschland baut seine Präsenz im Kultur- und Bildungsbereich in der Ukraine weiter aus. Doch trotz dieser Belebung bleiben strukturelle Ungleichheiten in den Kulturbeziehungen bestehen: Eine der wichtigsten Grundlagen für den partnerschaftlichen Dialog ist die Wechselseitigkeit. Das Interesse der Ukrainer an Deutschland ist noch immer deutlich höher als umgekehrt. Vor diesem Hintergrund werden konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen gemacht.

Bestandsaufnahme

Nie waren die Voraussetzungen für die deutschukrainische Kulturzusammenarbeit so gut wie heute: Die »Orangene Revolution« im Jahr 2004 hat die Ukraine in das öffentliche Bewusstsein in Deutschland geholt. Seitdem haben die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere aber auch ukrainische Kunst und Kultur, viel Aufmerksamkeit erfahren. Bestimmte bis dahin vor allem das deutsch-jüdische Kulturerbe in Galizien und in der Bukowina das deutsche Interesse an der Ukraine, stecken nun immer mehr Namen von Gegenwartskünstlern die kulturelle Landkarte des Landes ab. Vor allem die Literatur und die junge post-sowjetische Schriftstellergeneration prägen das neue Ukrainebild in Deutschland – durch die breite Rezeption ihrer Bücher, ihre Präsenz im deutschen Feuilleton und auf zahlreichen Lesungen und in Literaturprojekten. Auch deutsche Autoren sind in der Ukraine immer häufiger zu Gast. Der Erfolg ist nicht zuletzt einer gezielten Förderung von literarischen Übersetzungen zu verdanken.

Bedeutende zeitgenössische Künstler aus der Ukraine waren in den letzten Jahren in Ausstellungen präsent, auf Konzertreisen oder bei Theatergastspielen in Deutschland zu erleben. Die deutsche Kulturszene – sowohl der institutionalisierte Kulturbetrieb als auch freie Kuratoren – entdeckt das künstlerische Potenzial des Landes, bindet verstärkt ukrainische Künstler in Projekte ein und hält Ausschau nach neuen Talenten. Die deutschen Kulturmittler in der Ukraine sind hierfür wichtige Partner und Multiplikatoren, aber nicht mehr die einzigen Akteure im bilateralen Austausch. Dieser wird nun von einer breiteren Basis getragen als in den Jahren zuvor.

Deutschland baut seine Präsenz im Kultur- und Bildungsbereich in der Ukraine weiter aus: Im Herbst

2008 finden landesweit Deutsche Kulturwochen statt, in Kiew eröffnet im September eine Deutsche Auslandsschule, der DAAD erweitert 2009 sein Kiewer Büro zu einer Außenstelle und intensiviert seine Aktivitäten in der Hochschulzusammenarbeit. Durch die weltweite Initiative »Schulen: Partner der Zukunft« des Auswärtigen Amtes können der Deutschunterricht an ukrainischen Schulen weiter gestärkt und deutsch-ukrainische Schulpartnerschaften gefördert werden.

Doch trotz dieser Belebung bleiben strukturelle Ungleichheiten in den Kulturbeziehungen bestehen: Eine der wichtigsten Grundlagen für den partnerschaftlichen Dialog ist die Wechselseitigkeit. Das Interesse der Ukrainer an Deutschland ist noch immer deutlich höher als umgekehrt, wie sich am Austausch im Bereich Wissenschaft/Hochschule zeigt. Nach wie vor sind die Ukrainistik und Ukrainisch als Fremdsprache in Deutschland schwach entwickelt, ein Umschwung ist hier auch aufgrund fehlender Strukturen an den Hochschulen nicht abzusehen. Dagegen nimmt Deutsch unter den gesprochenen Fremdsprachen in der Ukraine nach Englisch den zweiten Platz ein. Die Nachfrage übersteigt das Angebot und wächst weiter, so dass die deutschen Kulturmittler dem Bedarf kaum nachkommen können.

Ukrainische Kunstschaffende sind in vielen der bestehenden Künstlerförderprogramme wenig vertreten. Die explizit auf den Kulturaustausch mit Mittel- und Osteuropa ausgerichtete Förderung privater und öffentlicher Akteure berücksichtigt die Ukraine kaum. Durch eine Verlagerung der regionalen Förderschwerpunkte in neue Regionen in Asien oder im arabischen Raum steht zu befürchten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel für den Kulturaustausch mit Mittel- und Osteuropa zukünftig weniger werden und eine Intensivierung der deutsch-ukrainischen Kultur-

beziehungen durch eigene Förderprogramme keine Lobby findet.

Noch immer ist deutlich mehr deutsche Kunst und Kultur in der Ukraine zu erleben als umgekehrt. Ein ukrainisches Kulturinstitut zur Vermittlung von Kunst und Kultur in Deutschland existiert nicht. Bislang fehlt es an einer außenkulturpolitischen Strategie der Ukraine, die aktiv ukrainische Gegenwartskultur im Ausland vermittelt und sich nicht auf Angebote an die Auslandsukrainer beschränkt. Allerdings gibt es erste Ansätze einer neuen Entwicklung: Die neu gegründete ukrainische Stiftung »Open Ukraine« will hier mit einem Förderprogramm Abhilfe schaffen und die internationale Mobilität ukrainischer Künstler erhöhen. Auf der Berlinale 2008 präsentierte sich erstmals die neue nationale ukrainische Filmstiftung, die, ähnlich wie German Films, den ukrainischen Film weltweit bewerben will.

Die hohen Auflagen der deutschen Visapolitik behindern weiterhin die Zusammenarbeit und die Reismöglichkeiten für ukrainische Bürger. Umgekehrt hat die Aufhebung der ukrainischen Visumpflicht für Westeuropäer viele Deutsche motiviert, die Ukraine zu besuchen.

Aufgrund des anhaltenden politischen Machtkampfes in der Ukraine werden wichtige Reform- und Modernisierungsvorhaben im Bereich Kulturpolitik nicht umgesetzt. Fehlende Mittel schränken den Gestaltungsspielraum der Kulturpolitik außerdem ein. Bestrebungen, die ukrainische Nationalkultur über die Förderung vornehmlicher klassischer und traditioneller Kunst zu stärken, erschweren das Entstehen neuer Ästhetiken und progressiver Kunstformen. Dennoch entwickelt sich der ukrainische Kultursektor dynamisch. Initiativen und Projekte junger Künstler und Kulturschaffender und privater Investoren beleben – meist in Kooperation mit den ausländischen Kulturinstituten und Partnern im Ausland – die ukrainische Kulturlandschaft. Dies bietet neue Möglichkeiten für die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit. Aufgrund der schwachen Institutionalisierung der Kulturszene und des hohen informellen Charakters sind gute Netzwerke entscheidend für die Suche nach geeigneten Partnern für internationale Projekte. Die fehlenden Strukturen erschweren mitunter die Kooperation.

Trotz zahlreicher Begegnungen und Veranstaltungen ist das Wissen voneinander immer noch fragmentarisch: Projekte, die breitenwirksam zu einem vertieften Verständnis der jeweils anderen Kunst, Kultur, Geschichte und Gesellschaft beitragen, sind daher zu begrüßen und zu unterstützen – von Ausstellun-

gen zu Lebenswelten und Alltagskultur über Publikationen zur Literatur- und Kulturgeschichte bis hin zu anspruchsvollen Film- und Fernsehformaten. Die konkrete Zusammenarbeit gerade auch von jungen Künstlern, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern ist für beide Seiten befruchtend und für die Entwicklung langfristiger guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine von zentraler Bedeutung. Dabei sind gezielte Maßnahmen erforderlich, beispielsweise in der Übersetzerförderung oder in den Bereichen Kulturmanagement und Kulturvermittlung.

Um die junge Generation in beiden Ländern anzusprechen und für ein Engagement in gemeinsamen Projekten zu gewinnen, bedarf es gezielter Angebote, die an der Lebensrealität von Jugendlichen und an deren Interessen orientiert sind. Pop- und Jugendkultur und die Produkte der Kreativindustrien bieten hier gute Ansatzpunkte für die deutsche Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP).

Insgesamt brauchen die deutsch-ukrainischen Beziehungen mehr Grenzgänger, die sich in beiden Gesellschaften auskennen und bewegen und eine aktive Rolle im Kulturaustausch übernehmen: Studierende, Wissenschaftler, Künstler, Kuratoren, Projektmanager, Alumni der verschiedenen Förderprogramme. Gleichzeitig ist es wichtig, dass renommierte Institutionen und Akteure aus Gesellschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur die Zusammenarbeit aktiv mitgestalten und der Kontakt nicht auf kleine Kreise engagierter Regionalexperten beschränkt bleibt.

Es gilt, die Dividende der »Orangen Revolution« für die bilateralen Kulturbeziehungen in zweierlei Hinsicht zu sichern, nämlich zum einen durch die Förderung der zivilgesellschaftlichen, reformorientierten Kräfte, der Kulturszene und der jungen Generation den gesellschaftlichen Wandel in der Ukraine zu stärken sowie, zum anderen, das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der Ukraine durch die Unterstützung und Bereitstellung von Informations-, Begegnungs- und Kulturangeboten wach zu halten und zu vertiefen. Noch ist in vielen Bereichen das große Potenzial der Zusammenarbeit nicht ausgeschöpft.

Empfehlungen

Trotz der vielfältigen Aktivitäten und Erfolge in der gemeinsamen Arbeit der letzten Jahre ist der Bedarf an einem Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine weiterhin groß und steht in vielen künstlerischen Sparten noch am Anfang. Aus der Bestandsaufnahme der deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen in den letzten Jahren – mit

der Konzentration auf den Bereich Kunst und Kultur – lassen sich für die Akteure in beiden Ländern wesentliche Empfehlungen für eine Vertiefung und Verstärkung der Kooperation formulieren.

Den Wandel stützen

Auch wenn die Versprechen der »Orangen Revolution« nicht in erwarteter Weise eingelöst wurden und das politische System nach wie vor instabil ist, ist die ukrainische Kulturszene, die eine wichtige Kraft des politischen Wandels war, im Aufbruch. Die Modernisierungs- und Professionalisierungsprozesse, die der ukrainische Kulturbetrieb durchläuft, sollten von deutschen Partnern nach Möglichkeit begleitet und im Rahmen gemeinsamer Programme und Projekte besonders in den Bereichen der Gegenwartskunst, des Kulturmanagements und der Kulturvermittlung nachhaltig unterstützt werden. Eine Intensivierung der Fördermaßnahmen von deutscher Seite zur Stärkung einer proeuropäisch-internationalen, demokratischen, toleranten und pluralistischen Entwicklung in der Ukraine wäre zu begrüßen.

Das Wissen voneinander stärken

Das Wissen über Kunst, Kultur und Geschichte des jeweils anderen Landes ist Voraussetzung für einen funktionierenden Austausch. Dabei kann die noch immer vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit genutzt werden, um die Kenntnisse über die Ukraine zu vertiefen, beispielsweise über eine verstärkte Präsentation von ukrainischer Kunst und Kultur in Deutschland. Gleichzeitig sollte dem großen Interesse in der Ukraine für die deutsche Sprache und Kultur mit besonderer Aufmerksamkeit und entsprechenden Angeboten von deutscher Seite begegnet werden.

Die Regionen verstärkt bespielen

Aufgrund der Größe der Ukraine und der nach wie vor schwachen Verkehrsinfrastruktur, die die Mobilität innerhalb des Landes hemmt, ist es im Rahmen des Kulturdialogs von großer Bedeutung, bei der Konzeption und Umsetzung neuer Programme und Projekte nicht nur die Metropolen, sondern das gesamte Land zu berücksichtigen und kleinere regionale Zentren einzubinden. Möglichkeiten hierfür bieten die Zusammenarbeit mit bewährten Partnern und die Einbeziehung neuer Akteure in die bestehenden Netzwerke. Die aktive Suche nach geeigneten Partnern in der sich dynamisch entwickelnden Kulturszene im Land sollte verstärkt werden. Die Unterstützung lokaler Institutionen bei der Ausbildung in den Bereichen Kultur- und Projektmana-

gement könnte eine sinnvolle begleitende Maßnahme für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sein.

Auf die großen regionalen Unterschiede innerhalb der Ukraine sollten alle Akteure der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik mit flexiblen Programmangeboten reagieren, die sich an dem speziellen Bedarf und den lokalen Möglichkeiten orientieren. Neben den westlichen Landesteilen Galizien und Bukowina, die aufgrund ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zur Habsburger Monarchie eine besondere Aufmerksamkeit im deutschsprachigen Raum erfahren, sollten andere Landesteile im Süden und Osten sowie in der Zentralukraine stärker in den Blick genommen werden. Die Gründung weiterer deutsch-ukrainischer Kulturgesellschaften ist grundsätzlich wünschenswert. Allerdings kann dies nur erfolgreich sein, wenn es entsprechend institutionell und personell gut aufgestellte ukrainische Partnerorganisationen vor Ort gibt, die ein aktives Eigeninteresse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland haben.

Gleichzeitig ist eine stärkere Regionalisierung des Kulturaustauschs auch in Deutschland gefordert. Bisher sind Projekte und Veranstaltungen zur Ukraine vor allem in Berlin präsent. Der Austausch sollte noch stärker in andere Städte und Regionen getragen werden. Länder- und Städtepartnerschaften sind hierfür wichtige Instrumente, die entsprechend genutzt werden sollten.

Themenschwerpunkte definieren

Der deutsch-ukrainische Kulturdialog sollte entlang gemeinsam definierter Themenstellungen geführt werden. Neben dem Schwerpunkt des kulturellen Erbes wie beispielsweise der deutschsprachigen Kunst und Kultur der Bukowina oder Galiziens und der jüdischen Kulturgeschichte bietet sich insbesondere eine Zusammenarbeit im Bereich der Gegenwartskunst an. Die gut aufgestellte deutsche Kulturlandschaft kann der sich im Aufbruch befindlichen zeitgenössischen Kunstszene in der Ukraine wichtige Impulse geben, beispielsweise zu Themen, die den aktuellen Diskurs in Deutschland bestimmen, wie kulturelle Bildung und Kulturvermittlung. Dabei sollten die Zusammenarbeit zwischen renommierten Kulturinstitutionen und -akteuren und die Einbindung ukrainischer Künstler und Kulturschaffender in die internationale Szene ein besonderes Ziel sein, um die Wahrnehmung ukrainischer Kultur und Kunst außerhalb des Landes zu stärken.

Ein junges Publikum ansprechen

Die junge Generation ist erklärte Zielgruppe der deutschen AKBP, die kulturellen Programmangebote greifen

diesen Fokus bislang jedoch nur teilweise auf. Um ein junges Publikum zu gewinnen, sollten verstärkt jugend- und popkulturelle Themen angeboten werden und die Projekte an der Alltagswirklichkeit von Jugendlichen und ihren Interessen ausgerichtet sein. Auch die vielen Wettbewerbe und Programme des Jugendaustauschs, die von deutschen Akteuren initiiert und gefördert werden, könnten thematisch für einen stärkeren Gegenwartsbezug geöffnet werden, statt ausschließlich auf die Auseinandersetzung mit historischen und gesellschaftspolitischen Themen Bezug zu nehmen. Die Fülle an Förderprogrammen in diesem Bereich und eine tendenziell zurückgehende Beteiligung an ihren Ausschreibungen lassen eine inhaltliche Erweiterung sinnvoll erscheinen. Bedarf besteht auch an Projekten mit einem Bezug zur Alltagskultur in den jeweiligen Ländern, die Grundlagen für ein gegenseitiges Verständnis schaffen und helfen, Klischees abzubauen.

Synergien aus der multilateralen Zusammenarbeit gewinnen

Die Ukraine bietet nicht nur durch die Unterschiede zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen und durch die historischen Bezüge vielfältige thematische Ansatzpunkte für die Kulturarbeit. Mit seiner Lage zwischen Europäischer Union und Russland, als Anrainer des Schwarzen Meeres, Grenzland zu Polen, Rumänien, der Slowakei, Belarus und der Republik Moldova ergeben sich unzählige Impulse für eine multilaterale kulturelle Zusammenarbeit, die nicht zuletzt ein wichtiger Faktor für die weitere europäische Integration sein kann. Die Initiierung multilateraler Projekte und der kontinuierliche Austausch mit Kulturträgern und Künstlern in den angrenzenden Ländern sollten deshalb wichtiges Ziel der internationalen Kulturarbeit in der Ukraine sein.

Deutsche Kulturmittler als Multiplikatoren stärken

Gerade in Ländern wie der Ukraine, in denen die Weitergabe von Informationen über informelle Kontakte und Netzwerke funktioniert, ist die Bedeutung der deutschen Mittlerinstitutionen als Multiplikatoren groß. Diese sollten deshalb ihre Informationsangebote für Ausschreibungen, Stipendienprogramme, Fortbildungsprogramme, Branchentreffs und Festivals weiter ausbauen und die Zielgruppen systematisch ansprechen. Für diese Vermittlungsleistung ist gegebenenfalls die Bereitstellung zusätzlicher personeller und finanzieller Ressourcen erforderlich. Ein gemeinsam geführtes deutsch-ukrainisches Online-Portal zu Fördermöglich-

keiten für Ukrainer in Deutschland in den Bereichen Kunst und Kultur, Bildung, Wissenschaft und Jugend wäre ein geeignetes Projekt hierfür. Zudem wäre eine Ausweitung des bedarfs- und zielgruppenorientierten Fortbildungs- und Sprachangebots zu empfehlen, beispielsweise durch die Organisation von Sprachkursen für Kulturschaffende und künstlerischen Nachwuchs, um damit die Grundlage für den bilateralen Kulturaustausch zu stärken.

Vorhandene Programme stärker nutzen und Fördermöglichkeiten erweitern

Der Kulturaustausch mit dem östlichen Europa konzentrierte sich anlässlich der EU-Osterweiterung in den vergangenen Jahren auf die Beitrittsländer. Auch der Austausch mit den Ländern des westlichen Balkan wurde intensiviert. Die Ukraine ist in wichtigen kulturellen Förderprogrammen bislang kein Schwerpunkt. Sie ist weder Mitgliedsland der Europäischen Union und kann deshalb nur begrenzt von EU-Mitteln für den Kulturbereich profitieren, noch ist sie ein strategisch wichtiger Partner der westlichen Länder. Auch die Initialwirkung des politischen Umbruchs und das gestiegene Interesse an der Ukraine haben nicht dazu geführt, dass das Land Gegenstand bilateraler Programme deutscher Kulturförderer geworden wäre. Wichtig wäre eine größere Teilnahme ukrainischer Kulturschaffender an Stipendienprogrammen wie dem Berliner Künstlerprogramm des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes (DAAD), den RAVE-Stipendien des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) oder den Austauschprogrammen der Akademie Schloss Solitude. Eine Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern, die an die EU angrenzen, ist nicht zuletzt im Hinblick auf die Bedeutung der Ukraine für die europäische Integration und Stabilität unbedingt empfehlenswert.

Finanzielle Unterstützung verbessern

Die geringe Entlohnung des Personals in Kulturprojekten erschwert oft eine Beteiligung von Künstlern und Kulturschaffenden, die auf die Sicherung ihrer Lebensgrundlage angewiesen sind. Um Projekte und Initiativen im professionellen Kulturleben, Tourneen und Auftritte von Künstlergruppen und hauptberuflich tätigen Kulturschaffenden realisieren zu können, sollte eine angemessene Honorierung der Arbeit im Rahmen der Projektförderung sichergestellt werden. Auch im Laien- und Amateurbereich steht eine geringe oder fehlende Entlohnung in der Projektarbeit einem umfassenden Engagement entgegen, da ein Großteil der ukraini-

schen Bevölkerung über mehrere Einkommensquellen verfügen muss und deshalb die Zeit für ehrenamtliches Engagement fehlt.

Kulturaustausch verursacht Kosten. Da der ukrainische Kulturbetrieb über wenig Finanzmittel verfügt, ist hier das Ausland gefragt, entsprechende Gelder bereitzustellen. Das zunehmende private Engagement im Bereich Kulturförderung in der Ukraine bietet neue Möglichkeiten.

Mobilität fördern

Wichtige Voraussetzung für die Intensivierung der Kulturbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine

ist die internationale Mobilität von Künstlern, Kulturschaffenden, Studierenden und Wissenschaftlern. Eine große Erleichterung brachte die Abschaffung der Visapflicht in der Ukraine für Reisende aus dem europäischen Ausland. Die Visaerteilung für Ukrainer ist dagegen durch die strengen Bestimmungen des Schengen-Verbundes langwierig und wurde durch die so genannte Visa-Affäre von 2004 noch erschwert. Ein wichtiges Ziel bleibt daher die Vereinfachung und Verkürzung der Visabeschaffung für die genannten Zielgruppen, um einen flexiblen und breiten Austausch mit Deutschland zu ermöglichen.

Über die Autorin:

Kathrin Hartmann ist Geschäftsführerin der inter:est GmbH Berlin. Als Büro für Kulturmanagement realisiert inter:est internationale Projekte mit Schwerpunkt Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Von 2003 – 2005 war sie als Robert Bosch Kulturmanagerin am Bukowina Zentrum der Nationalen Universität »Jurij Fedkowitsch« in Tscherniwzi tätig.

Quelle:

Kathrin Hartmann: »Dialog mit Potenzial – Die deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen seit 2001«, herausgegeben vom Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart 2008, 88 S. (ifa-Dokumente; 1/2008). Die Publikation erscheint in einer Reihe von Analysen der Kulturbeziehungen Deutschlands mit ausgewählten Partnerländern, die das Institut für Auslandsbeziehungen in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgibt. Die Studien dokumentieren die Arbeit von Institutionen, die kulturelle Veranstaltungen und Projekte fördern, ziehen Bilanz über die Aktivitäten der vergangenen Jahre und geben Empfehlungen für die Zukunft.

Wir danken dem Institut für Auslandsbeziehungen für die Genehmigung zum Nachdruck.

Chronik
Vom 11. bis zum 24. November 2008

11.11.2008	Präsident Viktor Juschtschenko gibt bekannt, dass in diesem Jahr keine Parlamentswahlen mehr stattfinden werden, denn es wäre unsinnig, sie während der Feiertage Ende des Jahres durchzuführen. Am Vortag hatte der stellvertretende Leiter der Zentralen Wahlkommissionen, Andrej Magera, erklärt, dass Parlamentswahlen erst 54 Tage nach Terminfestlegung durchgeführt werden können. Allein deshalb seien Wahlen in diesem Jahr nicht mehr möglich.
11.11.2008	Im Parlament nehmen an der Abstimmung über die Entlassung des Parlamentspräsidenten Arsenij Jazenjuk nur 108 von mindestens 226 erforderlichen Abgeordneten teil.
12.11.2008	Nach Handgreiflichkeiten zwischen Abgeordneten aufgrund unterschiedlicher Ansichten über den Wahlmodus, entlässt das Parlament mit 233 Stimmen Arsenij Jazenjuk aus seinem Amt als Parlamentspräsident. Auf Initiative Alexander Omeltschenkos, Abgeordneter der Partei Unsere Ukraine, wird der Vorschlag, Wladimir Litwin zum neuen Parlamentssprecher zu wählen, im Parlament registriert.
13.11.2008	Präsident Viktor Juschtschenko bespricht auf dem Energiegipfel in Baku mit seinem aserbajdschanischen Amtskollegen Ilcham Aliev Pläne für eine alternative Transportroute für Erdöl unter Umgehung Russlands.
14.11.2008	Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erklärt bei einem Treffen mit ihrem russischen Amtskollegen Wladimir Putin im Rahmen des GUS-Gipfels in Chişinău (Moldawien), dass ein strategisches Abkommen über den bilateralen Erdgashandel nun unterschriftsreif sei. Im Rahmen der GUS werden 19 Abkommen unterzeichnet.
14.11.2008	Das ukrainische BIP ist im Oktober 2008 um 2,1 % gefallen. Dies ist der erste Rückgang seit August 2005.
17.11.2008	Das Verfassungsgericht erklärt das in einer Regierungsverordnung festgelegte Verfahren für den Verkauf von Grundstücken und landwirtschaftlicher Nutzfläche für verfassungswidrig, da entsprechende Regelungen in einem Gesetz festgelegt werden müssten.
18.11.2008	Die Fraktion Unsere Ukraine schlägt den gerade erst entlassenen Arsenij Jazenjuk offiziell als Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten vor.
19.11.2008	Der Fernsehkanal »1+1« bittet die Generalstaatsanwaltschaft und den Geheimdienst um Personenschutz für seinen Journalisten, der eine Dokumentarfilmreihe zu Amtsmissbrauch durch Polizisten erstellt hat. Der Geheimdienst stellt Mitarbeiter der Sondereinheit »Alfa« für diese Aufgabe ab.
19.11.2008	Die Regierung entscheidet, die Nationale Agentur zur Vorbereitung der Fussball-Europameisterschaft 2012 umgehend aufzulösen und durch ein Koordinationsbüro beim stellvertretenden Ministerpräsidenten zu ersetzen.
20.11.2008	Die Partei Einheitliches Zentrum erklärt, an den Parlamentswahlen eigenständig und nicht im Rahmen des Blocks Unsere Ukraine teilnehmen zu wollen.
20.11.2008	Präsident Viktor Juschtschenko hebt die von der Kiewer Stadtverwaltung Ende Oktober beschlossenen Gebührenerhöhungen für Heizung, Wasser und Abwasser per Erlass auf, da die Erhöhung entgegen der gesetzlichen Vorgaben nicht mit der Kostenstruktur begründet worden sei.
24.11.2008	Der russische Erdgaskonzern Gazprom erklärt, die Ukraine wegen ausstehender Gasschulden vor einem internationalen Schiedsgericht verklagen zu wollen. Die ukrainische Regierung teil mit, dass ihr hierzu bisher keine offiziellen Dokumente vorlägen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolf-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de